

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57  
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)  
Fernsprecher Amt Cäthow Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
Postzeitungsliste Nr. 3164

## Staatliche Mittel für den Kleinwohnungsbau:

Ohne Zweifel ist die Sorge für gesunde Wohnungen eine der wichtigsten Aufgaben eines jeden Kulturstaates. Wer da weiß, welchen Einfluß die Wohnungsverhältnisse auf das körperliche und geistige Wohlergehen sowie auf die Sittlichkeit eines Volkes ausüben, der kann es nur mit tiefem Bedauern sehen, daß die große Masse des deutschen Volkes in Wohnungen hausen muß, die man eher Höhlen und Zyklopen nennen sollte. Glücklicherweise macht sich überall in Deutschland das Bestreben bemerkbar, eine Besserung der Wohnungsverhältnisse der Unterdiakten anzubahnen. Es haben sich Wohnungsbauvereine gebildet, um dem Mangel an gesunden, billigen Kleinwohnungen abzuhelfen; verschiedene Stadtverwaltungen, die hinreichend soziale Einsicht besitzen, sind einigermassen bemüht, eine vernünftige, volksfrenndliche Wohnungspolitik zu treiben, und nimmermehr hat auch die preussische Regierung einen lobenswerten Schritt in dieser Richtung getan. Sie hat nämlich den Entwurf eines Wohnungsgesetzes eingebracht, worin von Staats wegen 20 Millionen Mark zur Förderung gemeinnütziger Bautätigkeit bereitgestellt werden sollen. Außerdem werden weitere 10 Millionen Mark jährlich auf 10 Jahre zur Verfügung gestellt, die als zweite Hypotheken für die Herstellung gesunder Kleinwohnungen bestimmt sind. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird das Abgeordnetenhaus diese Summen bewilligen und dadurch einen Anfang machen mit der staatlichen Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues in Preußen.

Gegen beide Gesetzesvorschläge wendete sich aber sofort der Schutzverband für deutschen Grundbesitz in Berlin, die Organisation des rückständigen Hausagrariertums, in einer Eingabe, die um eine Ablehnung dieser Anträge ersucht. Offenbar erblicken die Hausagrariere in der Unterjüngung des Kleinwohnungsbaues eine empfindliche Konkurrenz. Man kann es deshalb wohl verstehen, wenn sie im Interesse ihres Geldbeutels bestrebt sind, sich diese Konkurrenz vom Hals zu halten; aber verurteilen muß man es, daß sie sich hierbei benderischerweise in den Mantel des Allgemeinwohls hüllen und das Interesse der Allgemeinheit vortreiben, obwohl es sich in Wirklichkeit um ihren eigenen Vorteil handelt. Darum erscheint es angebracht, ihre Gründe einmal unter die Lupe zu nehmen.

Zunächst bestreitet die Eingabe, daß überhaupt ein Bedürfnis für den Bau gesunder Kleinwohnungen bestehe. Es seien genug solcher Wohnungen vorhanden, und wenn in einzelnen Orten ein Mangel nach dem Kriege bemerkbar werden sollte, werde schon die private Bautätigkeit schnellstens für Abhilfe sorgen. Da überall reichlich Kleinwohnungen vorhanden seien, die den gesundheitslichen Anforderungen entsprächen, so erfordere es die Rücksichtnahme auf die Hausbesitzer, daß das im südlichen Grundbesitz verkörperte bedeutende Stück deutschen Volksvermögens gegen dauernde und

nachhaltige Entwertung geschützt werde. Das heißt also, die große Masse des Volkes soll auch fernerhin in engen, gesundheitschädigenden Wohnungen sein Leben fristen und den Hausagrariern den hohen Zins zahlen, damit diese Leute nach wie vor ihr arbeitsloses Einkommen weiterbezichen können. Man müßte die Augen vor dem bimmelshreidenden Wohnungs-elend verschließen, das uns in den allermeisten Städten entgegenrinst, und man müßte kein Verständnis haben für die Notwendigkeit schleunigster Abhilfe, wenn man das Recht der Hauskapitalisten auf anständige Verzinsung ihres Kapitals höher stellen wollte, als das Anrecht des werktätigen Volkes auf eine Wohngelegenheit, die den Anforderungen der Gesundheit und der Sittlichkeit entspricht.

In der Eingabe wird dann ferner die Behauptung aufgestellt, daß durch die Verwendung von Staatsmitteln für die allgemeine Wohnungsfürsorge die Gefahr einer Wohnungsnot vergrößert, ja zum Teil erst hervorgerufen werde. Denn dadurch, daß Beamtenwohnungen entstehen, die mit besonderem Vorteil auf Kosten der Allgemeinheit arbeiten, würde das private Baukapital vom Wohnungsmarkt verjagt, weil es die Lust verliere, unter so unangünstigen Bedingungen zu konkurrieren. Auf diese Weise werde es ausgeschaltet und keine gemeinnützige Wohnungsberstellung werde ausreichen, um dem Eintreten einer Kleinwohnungsnot dauernd vorzubeugen. Wenn der Schutzverband glaubt, die Anhänger und Förderer einer sozialen Wohnungspolitik dadurch schrecken zu können, daß er den Streik der Hausagrariere und eine in der Zukunft einsetzende Kleinwohnungsnot als Schreckgespenst an die Wand malt, so irrt er sich darin. Wir sind nämlich überzeugt, daß wir erst am Anfang der Entwicklung stehen und daß das gemeinnützige Wohnungswesen infolge einer staatlichen und gemeindlichen Förderung des Kleinwohnungsbaues sowie durch die Tätigkeit der Genossenschaften eine solche Ausdehnung erreichen wird, daß das private Wohnungskapital entbehrlich sein wird. Auch der Appell an die Sparsamkeit zieht bei uns nicht. Es ist allerdings richtig, wie die Eingabe sagt, daß an die Finanzkraft der Staaten und an die Steuerkraft der Staatsbürger nach dem Kriege ungeheure Anforderungen gestellt werden; aber es läßt sich nicht einsehen, warum gerade das so wichtige Wohnungswesen darunter leiden sollte.

Einen Sauerktrampf spielt der Schutzverband aus, indem er der Verwendung von staatlichen Mitteln für den Kleinwohnungsbaue gegenüber „grundkämpliche Bedenken“ äußert. „So wenig wie man im Frieden für weite Kreise des Volkes aus den Gesamtsteuerleistungen die Beschaffung geeigneter Kleidung und Nahrung bewirken kann, ebensowenig kann man die Beschaffung geeigneter Wohnungen für die minderbemittelten Kreise als solche und ohne Rücksicht auf ihr Dienst- und Arbeitsverhältnis zum Staat durch Staatsgelder fördern

wollen, wenn man nicht gegen den obersten Grundsatz jedes geordneten Staatswesens verstoßen will, daß jeder Bürger im Rahmen der allgemeinen gesetzlichen Vorschriften selbst für die Befriedigung seiner wirtschaftlichen Bedürfnisse Fürsorge zu treffen hat."

Diese in Theorie und Praxis längst überwundene Auffassung, daß der Staat sich um die wirtschaftlichen Bedürfnisse seiner Bürger nicht zu kümmern habe, sondern ihre Befriedigung jedem einzelnen überlassen müsse, hat für die Gegenwart keine Beweisraft mehr. Der Staat hat sehr wohl die Aufgabe, planmäßig und bewußt für alles das Fürsorge zu treffen, was für die Gesundheit und die Sittlichkeit eines Volkes von Bedeutung ist. Der neue Staatsgedanke, der dem alten "Nachwächterstaat" den Todesstoß versetzt hat, verlangt geradezu eine Lösung des Wohnungsproblems durch ein staatliches Eingreifen. Dagegen wird sich das privatkapitalistische Hausagrarierium vergebens zur Wehr setzen. Es hat die

richtige Ahnung von dem künftigen Gang der Dinge, wenn es in dem Vorgehen der preussischen Regierung nur den ersten Schritt auf dem neuen Wege erblickt, auf dem ein Weiterstreiten gar nicht zu vermeiden sei; aber es hat unrecht, wenn es meint, daß hierdurch unser Wirtschaftsleben immer ungesunder werde. Gerade das Gegenteil wird der Fall sein. Eine soch ungemein wichtige Angelegenheit, wie die Fürsorge für gesunde Kleinwohnungen, muß den Händen des Privatkapitals entzogen und zur öffentlichen Angelegenheit werden.

Die Gemeinde- und Staatsarbeiter haben jahrelang den Bestrebungen besserer Wohnungsfürsorge recht mißtrauisch gegenüberstehen müssen, da nicht immer rein sozialpolitische Gesichtspunkte für die Gemeinden in Frage kamen. Angesichts der wachsenden Notlage auf dem Gebiete der Kleinwohnungen wird es notwendig, diesen Standpunkt aufzugeben, sich aber durch vorbehaltlose Freizügigkeit usw. in den Mietkontrakten zu sichern.

## Zur gegenwärtigen Situation

gibt das "Correspondenzblatt der Generalkommission" eine zusammenfassende Uebersicht, der wir das Folgende entnehmen:

Der Weltkrieg ist in ein Stadium getreten, das anscheinend sein letztes werden dürfte. An der Westfront ist eine gewaltige Schlacht im Gange, von der die Amerikaner wie die Österreicher erwarten. Die deutsche Heeresleitung hat in Voraussicht einer starken Offensive der Feinde eine Neugruppierung unserer Streitkräfte vorgenommen und damit den Gegnern deren Vorgehen stark erschwert. Ihre Anararchie auf die deutsche Front sind von kleinem Terrangewinn abgesehen, bisher erfolglos geblieben. Trotzdem werden so bedeutende Kräfte von ihnen an Position und Menschenleben eingesetzt, daß die ganze Welt atemlos der Entwicklung der Kampfeschlacht folgt. An der Ostfront ruht die Kampfstativität. Der Ausbruch der Revolution in Rußland, die das Gewaltrregiment des Zarismus beseitigte und eine provisorische Regierung des Bürgerrechts und der Arbeitermacht einsetzte, hat die Schlagkraft der russischen Armee erheblich herabgesetzt. In den ersten zwei Monaten des Unterseebootskrieges sind mehr als 16 Millionen Tonnen Schiffsraum versenkt worden und die Verlorenung Englands, Frankreichs und Italiens mit Lebens- und Nahrungsmitteln wird von Tag zu Tag knapper und schwieriger. Dieser Unterseebootskrieg hat uns die offizielle Feindschaft der Vereinigten Staaten Nordamerikas sowie Chinas, Mexicos und Brasiliens angezogen. Von diesen neuen Gegnern ist nur der erstere umstände, einen wirklichen Einfluß auf den Krieg auszuüben. Die Vereinigten Staaten haben dies schon seit Kriegsbeginn durch ihre Finanzhilfe und ihre Waffenslieferungen für die Entente-mächte in so umfangreichem Maße getan, daß ihre direkte Teilnahme am Krieg nur dem Eintritt eines bisher stillen Sozias in die Firma als öffentlicher Teilhaber gleichkommt. Aber sie können als solcher größere Geld- und Wuchtmittel zur Verfügung stellen, den Krieg dadurch verlängern und eine gewichtige Stimme beim künftigen Friedensschluß beanspruchen. Unsere herzlichsten Sympathien bedeuten das russische Volk, vor allem die hervorragend tätige Arbeiterkraft zu ihrem Vorkampfskampf von zaristischen Unterdrückungsregiment, und auch wir wünschen nichts sehnlicher, als mit ihnen recht bald und dann auch dauernd im Frieden leben zu können. Daß dieser Frieden ein für beide Teile ehrenvoller sein muß, der ohne Vergewaltigung der Völker zustande kommen muß, ist für die sozialistisch geistigte Arbeiterkraft Deutschlands eine Selbstverständlichkeit. Wir stehen aber mit dieser Auffassung der Dinge nicht allein. Auch der deutsche Reichstanzler hat wiederholt in der verbindlichen Weise erklärt, daß Deutschland jederzeit bereit sei, mit jeder Regierung, die Rußland vertritt, in Friedensverhandlungen zu treten und daß dieser Friede auf einer für alle Teile ehrenvollen Grundlage aufzubauen sei. In gleicher Weise hat der österreichische Minister des Auswärtigen Graf v. Czernin, erklärt, daß die Völker Ostlands ebenso wie die Entente jeden Tag einen ehrenvollen Frieden mit den Zentralmächten schließen könnten, und daß den Verhandlungen über einen solchen nichts im Wege stehe. Es liegt also nur bei den anderen Völkern, die gebotene Friedenshand zu ergreifen und auf ihre Regierungen im Sinne gleicher Friedensbereitschaft einzuwirken. Solange sie sich indes für die weitergehenden Kriegspläne Englands einwachsen lassen, ist ein Ende der Wundschlächterei nicht zu erhoffen. Die Umwälzung in Rußland ist auf die innerpolitische Situation in Deutschland nicht ganz ohne Einfluß geblieben. Von der in London und Paris erwarteten deutschen Revolution hat sich zwar bisher nichts gezeigt und wird sich auch nichts einstellen. Dafür hat sich der deutsche Reichstanzler infolge eines reaktionären Promonjamentos des preussischen Herrenhauses

in einer Rede im Abgeordnetenhaus erneut und mit allem Nachdruck zur Neuorientierung nach dem Krieges bekannt. Im Reiche aber haben sich die Stimmen gemehrt, die eine solche Verzögerung der notwendigen innerpolitischen Reformen für bedenklich erklären, und der Reichstag hat am 30. März mit 27 gegen 33 Stimmen einen Verfassungsansatz eingelegt zur Prüfung verfassungsrechtlicher Fragen, insbesondere der Zusammenziehung der Volksvertretung und ihres Verhältnisses zur Regierung. Acht Tage später, am 7. April, erfolgte die feierliche Aukundigung der Wahlreform für das preussische Abgeordnetenhaus und einer Umbildung des preussischen Herrenhauses. Für das Massenwahlrecht soll in Preußen kein Raum mehr sein, und der in Vorbereitung befindliche Gesetzentwurf werde ferner die unmittelbare und geheime Wahl vorzuziehen haben. Auf dem Gebiete der Ernährungfrage war der 10. April ein kritischer Tag erster Ordnung. An diesem Tage sollte die Neuregelung der Brotversorgung in Wirklichkeit treten, nach welcher die wöchentliche Protration von 1900 auf 1600 Gramm beruht, dafür aber die Fleischration von 200 auf 600 Gramm erhöht und überdies Graupen, Gröhe und Sauerkraut zur Veräußerung gestellt, außerdem eine wöchentliche Kartoffelration von 5 Pfund gewährleistet werden sollte. In Arbeiterkreisen hatte diese Neuregelung eine tiefegehende Beunruhigung hervorgerufen, einmal wegen der unmittelbaren Verabreichung der Ernährungsverhältnisse, bei denen die Brotversorgung die Grundlage bildete, weiterhin wegen der viel verbreiteten Auffassung, daß auf dem Lande nach vielfach größerer Vorräte zurückgehalten und sogar verfault wurden und daß ein solches Zurückhalten die angeordnete Maßnahme vielleicht abwenden oder mildern konnte, und endlich aus Misträuen gegen die Versprechungen, daß ausreichende Ersatzmittel für das fehlende Brot geliefert würden, weil die häußlichen Verbraucher schon seit mit Versprechungen im letzten Winter bitter getäuscht worden waren. Die Generalkommission hielt es unter diesen Umständen für angezogen, durch erneute Beratung mit dem Kriegsammt, Kriegsernährungswesen, dafür Siderheit zu verlangen, daß die zugewiesenen Ersatzmittel unter allen Umständen gewährleistet werden und daß keine Kürzung der Protration erfolge, solange der hierfür bestimmte Ersatz an Fleisch, Kartoffeln, Gröhe und Graupen nicht geliefert wird. Die verlangte Siderheit wurde nicht allein mündlich, sondern in einem Schreiben des Herrn v. Patoci an die Generalkommission auch schriftlich festgelegt und eine amtliche Anordnung an die Gemeindebehörden in diesem Sinne angehängt. Es wurde weiterhin mitgeteilt, daß auf dem Lande die Nachprüfungen der Bestandsaufnahmen und die Entleerung der überschüssigen Vorräte mit militärischer Hilfe bereits im vollen Gange seien.

Die Beunruhigung über die Herabsetzung der Protration kam in einer Reihe von Arbeitseinstellungen am 16. April und den folgenden Tagen zum Ausdruck. In Berlin und Umgebung sollen etwa 250 000 Arbeiter geküert haben. Die Streikenden nahmen in Versammlungen zur Ernährungsfrage Stellung und wählten Ausschüsse, die mit den Gemeinde- und sonstigen Behörden über die Neuregelung verhandeln sollten. Ein Teil der Streikenden bewegte sich auch in Umzügen durch die Straßen, wobei es im allgemeinen friedlich zugeht, zumal das Militär zurückgezogen war und auch die Schutleute angewiesen waren, sich der größten Zurückhaltung zu befleißigen. In Berlin verhandelte der gewählte Ausschuss mit dem Oberbürgermeister und dem preussischen Staatskommissar Dr. W. H. v. S. Als Resultat der Verhandlungen wurden folgende Zugeständnisse erreicht:

Der Staatskommissar für das Ernährungswesen wiederholte seine bereits früher abgegebene Erklärung, daß hinsichtlich der wichtigsten Nahrungsmittel, nämlich des Brotes, des Fleisches und der Kartoffeln, die

Sicherheit geboten sei, daß die jetzt für die nächsten Monate festgestellten Nationen der Bevölkerung auch zugeführt werden können. Es sei vorbehaltlich der jetzt schwebenden Nachprüfungen der Bestandsaufnahmen damit zu rechnen, daß die erhofften Mehrbestände sich ausweisen würden. Jedenfalls seien alle Anordnungen dahin getroffen, die Bestände durchgreifend zu erfassen und den Konsumenten zuzuführen. Wenn irgendwo Störungen entstehen sollten, könnten sie nur vorübergehend und lokaler Natur und die Folge von Transportschwierigkeiten sein und würden dann jederzeit durch die zugesicherten Ersatzleistungen in Wehl ausgeglichen werden. Für die wirksamere Erfassung weiterer Nahrungsmittel, wie Eier, Milch und Gemüse, sei die Durchführung einer wirksameren Organisation zur Erfassung der Güter in weiten Teilen des Landes bereits durchgeführt und in den übrigen in der Entwicklung. Das System der Erfassung werde das der Landlieferung bzw. der Schaffung von Sammelstellen sein, die in jedem einzelnen Dorf den Ankauf der Landesprodukte vornehmen sollten. Gleichzeitig werde durch das Verbot des Verkaufs unterband, im Gleichhandel, die Möglichkeit genommen werden, die Landesprodukte wie bisher der Allgemeinheit zu entziehen und lediglich leistungsfähigen Käufern vorzubehalten. Der Staatskommissar erklärte ferner sein Einverständnis, daß die heute versammelten Vertreter der Arbeiterschaft als ständige Kommission bei dem Oberbürgermeister von Berlin bzw. dem Arbeitsausschuß für Groß-Berlin sofort in Fragen der Verteilung der Nahrungsmittel fungieren, und erklärte sich gern bereit, auch seinerseits diese Kommission über die Ernährungsfragen auf dem Laufenden zu halten und sie insbesondere zu hören, wenn durch Veränderung in den Beständen oder aus anderen Gründen Veränderungen in der Verteilung der Nahrungsmittel für die Bevölkerung von Groß-Berlin in Frage kämen.

Als Vertreter der Berliner Arbeiterschaft in dieser ständigen Kommission wurden die Genossen C. G. D. N. M. H. R. S. T. und S. E. R. I. N. G. gewählt. Darauf wurde der Streik am 17. April in einer Kassensammlung im Gewerkschaftshause für beendet erklärt.

Die Einsetzung einer ständigen Kommission mit Vertretern der Berliner Arbeiterschaft und mit der Weigung, bei Verteilung der Lebensmittel mitzuwirken, bedeutet eine Demokratisierung unserer Ernährungspolitik und wird wesentlich nicht bloß die zuständigen Behörden zu größerer Entschiedenheit in ihren Maßnahmen antreiben, sondern auch das Vertrauen der Verbraucher zur ständigen Lebensmittelversorgung wieder herstellen, das durch die üblen Erfahrungen während des letzten Winters bedenklich erschüttert war. Die Hauptsache bleibt aber, daß die Reichs- und Landesbehörden fräftiger zugehen, und daß die Widerstände, die sich gegen die Durchführung einer einheitlichen Regelung der Volksernährung geltend machen, rücksichtslos ausgeschaltet werden.

**Sindenburgs Nahrung.** Generalfeldmarschall v. Sindenburg hat an den Chef des Kriegsamts, Generalleutnant v. Groener folgendes Schreiben gerichtet: „In den letzten Tagen waren mir Arbeitsstellen in einer großen Zahl der Berliner Fabriken für Kriegsgerät gemeldet worden. Aus den Rückmeldungen Ew. Excellenz erhebe ich zwar, daß mit wenigen Ausnahmen die Arbeit wieder aufgenommen ist. Die Tatsache jedoch, daß eine Arbeitsniederlegung in der Rüstungsindustrie in größerem Umfange aus

Gründen der Ernährungslage überhaupt möglich war, zwingt mich zu folgenden Ausführungen: Die Gesamtbevölkerung wird von der notwendig gewordenen Verringerung der Produktion schwer getroffen. Ich zweifle aber nicht, daß die gleichzeitig erfolgte Erhöhung der Fleischration und die nunmehr wieder einsetzende regelmäßige Belieferung mit Kartoffeln als Ersatz für die verringerte Brotmenge gelten können. Auch halte ich es für sicher, daß alle an der Aufbringung und Verteilung dieser Lebensmittel beteiligten Bevölkerungsteile und Behörden sich des Ernstes der Lage bewußt sind, und daß es auf diese Weise gelingen wird, die gegebenen Zusagen zu erfüllen. Um so weniger kann meines Erachtens die heimische Ernährungslage ein Grund zur Arbeitseinstellung sein. Ich halte es für meine Pflicht, Ew. Excellenz darauf hinzuweisen, daß bei der gegenwärtig auf der Westfront auszuläufigen Schlacht eine ungeminderte Erzeugung an Kriegsmaterial aller Art die allem anderen voranstehende Aufgabe ist, und daß jede noch so unbedeutend erscheinende Arbeitseinstellung eine unverantwortliche Schwächung unserer Verteidigungskraft bedeutet und sich mir als eine unüberbare Schuld an der und besonders an dem Mann im Schützengraben, der dafür bluten mußte, darstellt. Ich bitte Ew. Excellenz darum, mit allen Mitteln dafür Sorge zu tragen, daß die Erzeugung von Waffen und Munition in nachdrücklichster Weise gefördert wird, und daß ganz besonders von allen in Frage kommenden Stellen die notwendige Klärung der Rüstungsarbeiter betrieben wird, die mir die erste Vorbedingung zur Erreichung unseres großen Zweckes zu sein scheint. gez. v. Sindenburg.“

Generalleutnant v. Groener hat an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, den Verband der deutschen Gewerksvereine, die polnische Berufsvereinigung, die Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, die Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände und die Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht folgendes Schreiben gerichtet: „Generalfeldmarschall v. Sindenburg hat mir das in Abdruck beigelegte Schreiben überhandt, das ich gleichzeitig der Tagespresse zur Veröffentlichung zugehen lasse. Es bedarf keines besonderen Einwurfs, daß es in erster Linie Aufgabe der berufenen Vertreter der Arbeiter sein wird, die von dem Generalfeldmarschall in Anregung gebrachte Aufklärung in umfassender Weise zur organisieren und nachhaltig zu fördern. Eine wichtige Grundlage für den Erfolg des wirtschaftlichen Durchhaltens in der Heimat ist die rücksichtslose Zusammenarbeit der Arbeiterorganisationen mit dem Kriegsamts. Wie dies auch bei der Verabreichung des Hilfsdienstgesetzes in besonderer Weise zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Worte des Feldmarschalls werden gewiß dazu beitragen, daß die deutsche Arbeitererschaft sich dessen bewußt bleibt, daß die im Hilfsdienstgesetz für den Krieg vorgesehene Regelung des Arbeitsverhältnisses für die Arbeiterschaft nicht zur Rechte, sondern auch Pflichten gebracht hat. Aber beweise ich auch nicht, daß dieser Appell an das Verantwortungsgefühl und das Pflichtbewußtsein in der Arbeiterschaft vollen Wiederhall finden wird. gez. v. Groener.“

## Kinder und Mietkaserne.)

Von Eugen Kalkschmidt · München.

Mein Freund, der Familienvater, begegnete mir eines Tages mit einem recht sonderbaren Gesicht. Er hätte mich beinahe nicht erkannt, so ein Gesicht machte er. Er sprach vor sich hin, ganz eindringlich und mit Werten, wie wenn er jemand eine ernsthafte Rede hielt. Ja, wirklich, das schien er zu tun, und das war mir sehr befremdlich, denn das tat er sonst nie. Ich packte ihn also entschlossen am Arm und sagte: „Hören Sie, wenn Sie schon reden, dann lassen Sie doch auch andere Leute was davon vernehmen. So in den Wind und in den Straßenlärm hinein zu phantastieren, ist doch zwecklos. Was oder wer plagt Sie denn?“

Er blieb stehen, sah mich eine Weile abweisend an, schien zu sich zu kommen, schüttelte mir die Hand und fragte: „Was hätte ich getan? Deffentlich geredet?“

„Ja, gewiß. Hier auf offener Straße. Es ist ein Glück, daß die Polizei Sie nicht gesehen hat. Sie wären sonst unfehlbar wegen öffentlichen Vergernisses, Verkehrsstörung oder wegen unbesugten Abhaltens einer unangemeldeten Volksversammlung bestraft worden. Unsere Polizei ist sehr genau.“

Er dachte ein wenig nach, dann meinte er: „Sie haben nicht so ganz unrecht mit Ihrer Volksversammlung. Denn das, was ich da vor mich hinredete, geht zwar zunächst mich an, ist aber im Grunde eine Angelegenheit für viele, und wer weiß, vielleicht trage ich's noch

einmal einer Versammlung vor. Obgleich es eigentlich herzlich wenig Neues enthält.“

„Also bitte, betrachten Sie mich ganz als gespannt lauschende Zuhörerhaft und schießen Sie los.“

Er grübelte wieder eine Weile, faltete die Stirne, blieb plötzlich stehen, wies auf die andere Straßenseite hinüber, wo eine geschlossene Reihe vierstöckiger Mietkasernen Spalier bildete und fragte: „Wohnen Sie da wohnen?“

„Nicht gern,“ erwiderte ich etwas verblüfft. „Fangen Sie Ihre Volksreden immer so mit Fragezeichen an?“

„Eine Frage ist auch eine Antwort,“ meinte er, „und unter Umständen ein recht ergiebliches Thema. Meine Frage ist eine richtige Volksfrage, mit einem ganzen Bündel von weiteren Fragen verknüpft. Möchten ihr da wohnen? Nein. Sagen wir nur rundheraus Nein. Jeder von diesen Mietlern mit ihren je zwei oder drei kleinen Räumen möchte eigentlich wo anders wohnen. Freier, luftiger, stiller, mehr für sich. Trokdem wohnen sie hier. Warum? Weil wir müssen, sagen sie. Wo sollen wir denn hin? Es ist überall in der Stadt dasselbe für uns. Dort vielleicht mehr Sonne. Dafür aber mehr Staub, mehr Verkehr, mehr Gefahr für die Kinder. Ah, überhaupt die Kinder!“

„Ja, ja,“ sagte ich leufzend, und dachte dabei an die drei Rangen meiner Wirtin, „die sind manchmal recht überflüssig. Man sollte sie sich nur noch in ausgewachsener Fassung verschreiben können.“

„Überflüssig!“ schrie er. „Was Sie für ein Prachexemplar von selbstherrlichem Hoheitsgefühl sind! Ich wünsche Ihnen eine exemplarische Belohnung dafür: zwölf Kinder sollen Sie kriegen und verdammte sein, sie in der Großstadt aufziehen zu müssen. Überflüssig? Wer wird Ihnen dann überflüssig erscheinen: die Großstadt oder die Kinder?“

„Erlauben Sie mal,“ unterbrach ich ihn hochtrabend, „die Großstadt ist eine Notwendigkeit der modernen Kultur. Damit muß mau

\*) Wir entnehmen diesen Abschnitt dem neuerscheinenden Werke des Verfassers: „Aus der Mietkaserne ins eigene Heim.“ Mit zahlreichen Abbildungen. Wiesbaden, Heimkultur Verlag. 2 Bde., geb. 3,00 M. (Porto 20 Pf.)

## Aus Politik und Volkswirtschaft

### Politisches.

**Friedensresolution der deutschen Sozialdemokratie.** Der Parteiausschuß hat am 18. und 19. April in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand sowie den Vorständen der sozialdemokratischen Reichs- und Landtagsfraktionen getagt unter Anwesenheit von Viktor Adler, Dr. Karl Renner und Karl Seitz aus Wien, sowie Eugen Caramb-Pudapest. Es wurde u. a. über die Situation in der Partei sowie die politische Lage verhandelt und zur Friedensfrage folgende Resolution gefaßt:

Der Parteiausschuß und der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben in gemeinsamer Sitzung mit den Vorständen der Fraktionen des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses, sowie der Landeskommission für Preußen am 19. April einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Wir bekräftigen den unverbrüchlichen Entschluß der deutschen Arbeiterklasse, das Deutsche Reich aus diesem Krieg als ein freies Staatswesen hervorgehen zu lassen. Wir fordern die sofortige Beilegung aller Ungleichheiten der Staatsbürgerrechte in Reich, Staat und Gemeinde, so wie die Beilegung jeder Art bürokratischen Regiments und seine Ersetzung durch den entscheidenden Einfluß der Volksvertretung.“

Mit Entschiedenheit verwerfen wir die von den feindlichen Regierungen vorbereitete Zustimmung, daß die Fortführung des Krieges nötig sei, um Deutschland zu freizeitlichen Staatseinrichtungen zu zwingen. Es ist Aufgabe des deutschen Volkes allein, seine inneren Einrichtungen nach seinen Überzeugungen zu entwickeln.

Wir begrüßen mit leidenschaftlicher Anteilnahme den Sieg der russischen Revolution und das durch ihn entfaltete Wiederaufleben der internationalen Friedensbestrebungen. Wir erklären unser Einverständnis mit dem Kongreßbeschlusse des russischen Arbeiter- und Soldatenrats, einen gemeinsamen Frieden vorzubereiten ohne Annexionen und Kriegsentscheidungen auf der Grundlage einer freien nationalen Entwicklung aller Völker.

Wir betrachten es daher als die wichtigste Pflicht der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wie der Sozialisten aller anderen Länder, die Machtansprüche eines eheligen Chauvinismus zu bekämpfen, die Negierung zum klaren Verzicht auf jegliche Eroberungspolitik zu drängen und so rasch wie möglich entscheidende Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage herbeizuführen.

Kein Volk darf durch den Friedensschluß in eine demütigende und unerträgliche Lage gedrängt werden, sondern jedem muß die Möglichkeit gegeben sein, durch freiwilligen Beitritt zu einer überstaatlichen Organisation und Anerkennung einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit den dauernden Bestand des künftigen Weltfriedens sichern zu helfen.“

### Genossenschaftswesen.

**Die Beamten und die Konsumgenossenschaften.** In der „Beamten-Warte“ werden für die Beteiligung der Kamenschaft an der Arbeit zur wirtschaftlichen Selbsthilfe folgende der „Deutschen Postzeitung“ entnommene Richtlinien wiedergegeben: „1. Grund-

rechnen. Und die Kinder der Großstadt — sie mögen ja unvermeidlich sein, aber wenn sie die Pflege der Kultur behindern, muß man sie eben fortunt, aufs Land hinaus. Der Staat sollte das in die Hand nehmen.“

„Dann sollte der Staat doch auch gleich die Erzeugung des kulturell nötigen Quantums an Nachwuchs in der kulturell wünschenswertesten Qualität regeln. Oder, wie Sie sagen: in die Hand nehmen. Gott steh mir bei — was Sie für ein erleuchteter Kulturvater sind. Zum Kindervater langt es noch nicht ganz. Darum will ich Ihnen ein wenig von dem ver-raten, was mir vorher durch den Kopf ging. Ich will ihm auch einen langweiligen Titel geben, so einen rechten Kulturtitel“ — er lächelte ingrinnig vor sich hin — „allerdings wieder einen mit einem Fragezeichen. Ob entlehne ihn unbedenklich einer gepriesenen Dentlerin, er lautet:

#### Das Jahrhundert des Kindes?

Dieses Jahrhundert ist nun seit reichlich zehn Jahren da, der Zeit noch, nicht wahr? Es ist nun „dran“, es müßte längst ins Leben getreten sein. Vielleicht liegt es an meiner Schwerhörigkeit, daß ich nichts davon merke, und in der Großstadt schon rein gar nichts. Allenfalls eine Sehnsucht nach dem verlorenen Kinderland ruhmort bei mehreren unserer Kulturanwälte. Aber diese Sehnsucht hat unser Jahrhundert im großen ganzen noch nicht sehr angefruchtet.

Die Kinder sind die Stiefkinder unserer Kultur. Trotz unserer unentwegten Erziehungskongresse, trotz der Unmasse von Schul- und Bildungsfragen, trotz der dicksten Bücher und der feurigsten Redekämpfe über sie, sind wir weit davon entfernt, unser Jahrhundert in den Dienst des Kindes zu stellen. Wir experimentieren viel zwiel an seiner kleinen zarten Seele herum und übersehen dabei, daß es auch einen Körper hat, daß es zuerst und mit all seinen kräftigsten

Instinkten Körper ist und körperlich leben will. Der Körper des Kindes erscheint mir zunächst wichtiger als das „Jahrhundert des Kindes“, dies Jahrhundert, das noch gar keinen oder doch einen sehr nebelhaften Körper von schönen Redensarten hat.

Sehen Sie, wir sitzen nun einmal in den Städten. Wir müssen, da haben Sie wohl recht. Aber müssen wir uns und unsere Kinder da einsperren lassen wie eine Herde Schafe? Sie sagen: hinaus mit den Kindern aufs Land. An die Eltern denken Sie dabei weniger, Sie haben ja nur die Seele des Kindes im Auge, nicht wahr? Ich sage umgekehrt: hinein mit dem Land in die Stadt! Das Land muß zu den Kindern kommen, weil doch die Kinder nicht zum Lande kommen können. Aus seelischen Gründen, Berehrter, neben sehr greifbar-wirtschaftlichen, der Barbezahlung für Kost und Wohnung und Erziehung, Ausgaben, die sich Berlin W. leisten kann, das seine Sprößlinge in die ländlichen Erziehungsanstalten abschiebt, um der Plage und Verantwortung ledig zu sein, und eben dadurch eine Verantwortung auf sich lädt, vor der so manches anders gestellte Ehepaar zurückschreckt. Diese Eltern wollen die Seele ihres Kindes nicht dem Zufall preisgeben, sie wollen sie mit eigener Hand in gute Wege leiten. Aber sie wollen auch sein körperliches Teil nicht verkümmern lassen. Und was für Mittel bietet ihnen dafür die Stadt, die große Stadt?

Soeben habe ich Wohnungen angesehen, für uns und unsere Kinder. Und je länger ich suchte, desto lähmender überkam mich das Bewußtsein unserer jämmerlichen großstädtischen Sterblichkeit, der Jämmerlichkeit und Selbstsucht unserer aneblisch so kinderbesorgten Zeit. Da sieht man nun diese halben „Etagen“ mit ihren ewig wiederkehrenden paar Zimmern, die Wohnzimmer natürlich immer „nach vornhinaus“, ganz gleich, ob dieses Born gesundheitslich ein bedenktliches Hinten bedeutet oder nicht. Man lücht den Hof nach einem friedlichen Winkel ab, nach einem Gärtchen, wo ein Kinderwagen in der Sonne stehen könnte und ein Sandhaufen wäre zum

## Aus unserer Bewegung

Berlin. (Weitere Erhöhung der Feuerungs- und Lagen in den städtischen Gaswerken.) Die Arbeiter, Arbeiterinnen und Handwerker der städtischen Gaswerke hatten sich, durch die Feuerungsverhältnisse veranlaßt, an die Direktion der städtischen Gaswerke mit Lohnforderungen gewandt. Gefordert wurde ab 1. April eine Zulage für Männer und Frauen von 15 Pf. für die Stunde, sowie gleiche Vergütung bei gleicher Leistung für Männer und Frauen. Am Montag, den 16. d. M., vormittags, haben zwischen den Arbeiterauschüssen und der Direktion der Gaswerke Verhandlungen stattgefunden, an denen als Vertreter der Organisation der Vorherrscher der Filiale Groß-Berlin, der Kollege Friedrich Müntzer, teilgenommen hat. Es kam eine Vereinbarung auf folgender Grundlage zustande: Die Direktion erklärte sich bereit, allen Arbeitern, Arbeiterinnen und Handwerkern eine weitere Feuerungszulage von 10 Pf. für die Stunde zu gewähren. Diejenigen Arbeiter und Handwerker, die bei der Zulage am 1. Juli d. J. 7½ Pf. erhalten hatten und deren normaler etatsmäßiger Friedenslohn weniger als 33 Mk. wöchentlich beträgt, sollen diesmal zur Abwendung nicht 10, sondern 10½ Pf. erhalten. Die bisher gewährten Feuerungszulagen zu den Friedenslohnhälften werden demnach insgesamt betragen bei Arbeitern 35 bis 38 Pf., bei Feuerhausarbeitern 40 Pf., bei Handwerkern 45 Pf. und bei Arbeiterinnen 30 Pf. pro Stunde. Die

Lohnsätze müssen nun also wie folgt aussehen: für Arbeiter 0,86 bis 0,90 Mk., für Handwerker 1,01-1,15 Mk., für Arbeiterinnen 0,65 Mk. pro Stunde und bei Feuerhausarbeitern im Minimum 8,90 Mk. pro Schicht. Die meisten Handwerker erhalten außerdem noch sogenannte Konjunkturzulagen, die je nachdem, wie die Gruppe "entbehrlich" oder weniger entbehrlich war, verschieden hoch ausgefallen sind. Außerdem wurde von der Direktion betont, daß sie "im Prinzip" nichts gegen eine gleiche Bezahlung der Geschlechter bei gleicher Leistung einzulwenden habe. Nur würde bei der schweren Arbeit in den wenigsten Fällen die Frau die gleiche Leistung aufzuweisen haben wie der Mann. Die Direktion versprach, sofort beim Magistrat für die Durchführung dieser Vereinbarung einzutreten zu wollen. — In den Kanalisationswerken wurde gleichfalls eine weitere Zulage in Höhe von 90 Pf. pro Tag mit rückwirkender Kraft ab 1. März gewährt. — In den Markthallen wurde ebenfalls mit Wirkung ab 1. März den Männern 10 und den Frauen 5 Pf. pro Stunde als weitere Zulage gewährt. — In den Wasserwerken wurde ein Antrag der Arbeiter um Erhöhung der Feuerungszulagen um 10 Pf. pro Stunde abgelehnt. Unsere Kollegen werden sich natürlich nicht bei diesem ablehnenden Bescheide beruhigen, sondern erneut und mit gesteigerter Energie vorgehen. — (Voller Urlaub in diesem Jahre.) Im März stellte unsere Ortsverwaltung an den Magistrat das Ersuchen, in diesem Jahre den vollen Urlaub gewähren zu wollen. Begründet wurde das Gesuch namentlich mit der durch die ungenügende Ernährung herabgeminderten Arbeitsfähigkeit. Der Magistrat hat die Berechtigung dieses Wunsches erfreulicherweise anerkannt und unterm 11. April geantwortet: „Sofern nicht besondere Gründe der Arbeitsverhältnisse dem entgegenstehen, wird von einer Beschränkung des im Frieden geltenden Sockelurlaubs für das Rechnungsjahr 1917 abgesehen werden.“ — Wie wir nachträglich erfahren, hat der Magistrat den Beschlüssen nur in Höhe von 8 und 1/2 Pf. pro Stunde für Männer und Frauen zugestimmt an Stelle von 10 bis 10 1/2 Pf.

**Charlottenburg.** (Straßenreinigung.) Wiederholt mußten an dieser Stelle Uebergriffe, Annahmungen der unteren Vorarbeiten, der sogenannten Aufseher, gegen Arbeiter und Arbeiterinnen gerügt werden. Das hat anscheinend manchen der Herren arg verdroßen. Und aus Unmut über den "bösen" Verband lassen sich verschiedene dieser Herren zu den lächerlichsten Verleumdungen hinführen. So wird den Arbeiterinnen erzählt (den männlichen Arbeitern magt man das nicht zu sagen), die "Gewerkschaft" sei schuld, wenn die Arbeiter der Straßenreinigung vom Magistrat keine besonderen Zuwendungen an Lebensmitteln erhalten. Der Magistrat hat Lebensmittel den Arbeitern der Straßenreinigung geben wollen, aber die "Gewerkschaft" habe das verhindert. Solchen Wöhsinn sollte man kaum für möglich halten. In Wirklichkeit verhält es sich so, daß es unseren Bemühungen leider nicht gelungen ist, die Arbeiter der Straßenreinigung unter die Schwerarbeiter zu bringen. Darüber, wer als Schwerarbeiter gilt, hat das Kriegsernährungsamt in Gemeinabsicht mit den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer entschieden. Leider sind bei den Verhandlungen die Forderungen der Arbeitervertreter nicht voll berücksichtigt worden. Das zur Belehrung. Die für die

Straßenreiner zuständige Organisation, der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, hat der Lebensmittelfrage die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Wenn für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Charlottenburger Straßenreinigung rein gar nichts von den nichtrationierten Lebensmitteln abgegeben wird, so liegt es vornehmlich an dem Mangel einer tatkräftigen Unterstützung der Organisationsleitung, vornehmlich durch den gegenwärtigen Arbeiterausschuß. Wenn die Herren Aufseher wirklich ein so arbeiterfreundliches Herz besitzen, wie sie es gern vorgeben, warum haben sie den guten Willen des Magistrats, als er Lebensmittel gewähren wollte, nicht unterstützt? Das können sie heute noch tun, und wenn sie beim Magistrat etwas für die Arbeiter erreichen, werden ihnen diese gewiß dafür sehr dankbar sein. Jedoch haben wir die Auffassung, daß, wenn sich die Arbeiter und Arbeiterinnen auf das gute Herz ihrer Herren Aufseher verlassen, sie hoffnungslos verfahren sind. Diese Artverführung ist zu durchsichtig, als daß sie besonders ernst genommen werden könnte.

**Berlin.** Am 14. April tagte unsere Mitgliederversammlung in der "Bürgerstube". Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende bekannt, daß am 1. Dezember 1916 unser Kollege Otto Vater in Frankreich gefallen ist, zu Ehren dessen erhoben sich die Anwesenden von den Plätzen. Darauf gab der Kassierer die Abrechnung vom 1. Quartal 1917. Diese ergibt eine Einnahme von 615,61 Mk. Die Ausgabe betrug 202,32 Mk. Die Ausgaben belaufen sich wie folgt: Krankunterstützung 75,25 Mk., Sterbeunterstützung 60 Mk., in bar an die Hauptkasse abgeliefert 9,12 Mk., andere Hilfsausgaben 57,95 Mk., bleibt ein Restbestand von 415,29 Mk. Die Mitgliederzahl beträgt 34. Vorsitzender Kollege Profse hob hervor, daß unsere Organisation ganz besondere Leistungen den Mitgliedern gewährt hat, was zur Folge hatte, daß sich unsere Verbandsleitung genötigt sah, einen Extrabeitrag ab 1. Juli von 10 Pf. pro Woche zu erheben. Durch die gewaltigen Anforderungen an Unterstützungen hat unser Vermögen erheblich abgenommen. Dies erklärt sich aus der großen Zahl von Einberufungen zum Heeresdienst, bis jetzt sind es 29.000 Mitglieder. So verbleiben uns nur noch 26.000 Mitglieder. Die Verammelten mußten diese Aufgaben anerkennen. Dann erläuterte Redner die Praxis des Hilfsdienstgebiets, insbesondere den § 9 über die Schlichtungskommission. Überall dort, wo ein Offizier als Vorsitzender dieser Kommission fungiert, werden die Klagen der Arbeiter besser entschieden als hier in Berlin, wo der Vorsitz dem Kommerzienrat Herrn Meißner übertragen ist. Weiter ging Kollege Profse nun zur Agitation über für unsere Organisation. Es wurde beschlossen, die Agitationsnummer der "Gewerkschaft" zu bestellen und für eine rege Hausagitation zu sorgen. Vor allem ist es notwendig, das nötige Adressenmaterial zu sammeln. Es erfolgten noch zwei Ausnahmen.

**Hamburg.** Durch Senats- und Bürgerrechtsbeschluss vom 18. d. Mts. ist nun auch den ledigen Angestellten und Arbeitern der hamburgischen Staatsbehörden eine einmalige Feuerungszulage bewilligt worden. Die aufgestellten Bestimmungen lauten:

„Beamte, Angestellte und Arbeiter, welche am 1. April 1917 seit mindestens einem Jahre in einem Anstellungs- oder Dienstverhältnis zum Staate stehen und deren regelmäßige Gehalts-

Burgenbau. Nichts ist da, alles gepflastert, vermauert. Der Hauswirt beobachtet einen währenddem argwöhnisch. „Sie haben wohl Kinder?“ fragt er vorsichtig. Man bejaht schüchtern. Man fühlt sich versucht, durch ältere Erfahrungen gewöhnt, zu sagen: verzeihen Sie, daß ich Kinder habe. Es sind ja nur drei. Es soll nicht wieder vorkommen. Der Hauswirt aber räuspert sich, seht eine Wiene auf wie ein Staatsanwalt und äußert vornehm verweisend: „Unter diesen Umständen bedauere ich. Wir haben nur kinderlose Parteien im Hause. Allenfalls Kinder über zwölf Jahre können ausnahmsweise unterkommen . . .“

Ich weiß schon, was Sie einwenden wollen. Nicht alle Hauswirte sind so erhaben. Aber wenn sie's auch nicht immer sagen, — denken werden die meisten von ihnen genau so. Kinderlose Parteien weiß jeder Hausbesitzer zu schätzen. Sie nutzen die Wohnungen weniger ab sie machen weniger Lärm. Das ist ganz unbestreitbar. Aber, und damit errichte ich mein weiteres Fragezeichen: Warum lärmten die Kinder?

Wenn sie klein sind und noch nicht gehen können, schreien sie bekanntlich aus Gründen der Verdauung. Sie machen sich Bewegung, sie machen sozusagen legend einen Spaziergang zur Kräftigung der Lungen. Werden sie älter, so wollen sie sich anders ausarbeiten, austoben. Wohin aber mit der Kraft? Auf den Hof hinunter? Zwischen Kehrsteuern Verlust zu spielen. In den sogenannten Biergarten mit seinen paar Blumensträuchern — wenn derartige vorhanden ist — dürfen sie doch nicht hinein. Also auf die Straße. Vielleicht ist der Fußsteig breit genug, damit sie ein wenig laufen können. Auf dem Fahrweg wird's schon lebensgefährlich, und welches Kind wird das Verbot der Mutter dauernd beachten? Also auf den Spielplatz, der eine Viertel-, eine halbe Stunde entfernt ist. Hier drängt sich nun alles zusammen aus der ganzen Nachbarschaft, auf dem kleinen, meist recht schattenlosen nüchternen Fleck, der nach allen Seiten offen, dem Winde und dem Straßen-

treiben gleicherweise ausgelehrt ist. Streitigkeiten mit den anderen sind bei großer Enge unvermeidlich. Und bei schlechtem Wetter, das plötzlich losbricht, gerät das ganze kleine Volk in Not. Kindergeräten? Reichen die aus? So behält manche Mutter ihre Kinder lieber daheim und erträgt den Stubenlärm, anstatt sie den Gefahren der Straße auszusetzen. Eine Generation von Stubenmenschen wächst heran, blaß und gebrechlich, die gar nicht mehr weiß, was für ein Strahlungsdaß sie führt.

Vor fünfzig Jahren, als unsere Städte noch kleiner waren, als es noch mitten im Zentrum die schönsten Gärten und Spielhöfe gab, als die alten Wälle noch nicht in Baustellen zerteilt und für die großartigsten indianischen Kriegsspiele frei waren, als man noch nicht so peinlich auf den Schutz der städtischen Anlagen zu achten brauchte, da waren die Kinder besser daran. Und zwar die der reichen wie der armen Leute. Da lärmten sie sich aus, draußen, wie sich's gehört, und wurden nicht so sehr zur häuslichen Plage und Sorge wie heut. Das Land, der grüne Baum und Strauch, die Biele lagen nah und die Straßen waren still. Heute entsteht ein feinerer Ring von hohen Häusern nach dem andern rund um die Stadt, die Gärten und Höfe werden bebaut und Kinder und Erwachsene wissen nicht mehr wohin. Sie nisten sich in ihren vier Wänden ein, so gut es gehen miß. Und die Kinder begehen dann eine Menge Untaten, die eigentlich nichts anderes sind, als ein instintiver Haß und gründlich berechteter Widerspruch gegen die Stubenluft, zu der sie sich verurteilt fühlen.

Darum ist es nötig, daß das freie Land in die Stadt einziehe, oder genauer: hineingezogen werde. Man hört ja auch von allerhand Ansätzen dazu. Der Kolos Groß-Berlin fängt an, um die Wälder und Wiesen vor seinen Toren zu kämpfen. Wien hat das gleiche schon früher in vorbildlicher Form getan, und die Kleinigkeit von 50 Millionen Kronen für den Ankauf seines grünen Ringes ausgegeben. Andere Städte, die der Meinung sind, daß es bei ihnen

oder Lohnbezüge auf das Jahr berechnet 2400 Mark nicht übersteigen, erhalten, auch wenn sie nicht Familienangehörigen Wohnung und Unterhalt gewähren, unter sinnemäher Anwendung des Senats- und Bürgerchaftsbeschlusses vom 22. Dezember 1916, 11./16. März 1917 eine einmalige Kriegssteuerzulage. Die Zulage beträgt 30 Mark, wenn der Bezugsberechtigte vor dem 1. April 1917 das 25. Lebensjahr vollendet hat und nicht mit Anspruch auf volle Verpflegung angestellt ist, andernfalls 20 Mark. Der Senat wird ermächtigt, bei der Durchführung dieser Bestimmungen und des Senats- und Bürgerchaftsbeschlusses vom 22. Dezember 1916, 11./16. März 1917 etwa sich ergebende besondere Unbilligkeiten und Härten in geeigneter Weise auszugleichen."

Am 1. Januar 1917 wurden in den Betrieben des Hamburgischen Staates insgesamt 8413 ledige Personen beschäftigt; davon 6182 ein Jahr oder länger ununterbrochen. Fernnach wurden die 231 Personen mehr im Laufe des Jahres 1916 eingestellt. Dier-nach dürfen wir annehmen, daß am 1. April 1917 etwa 6000 der insgesamt beschäftigten ledigen Personen mindestens ein Jahr ununterbrochen im Dienst standen. Diese Anzahl würde nun also an der Zulage teilnehmen. Die ledigen Personen waren ihrem Anstellungsverhältnis nach: 835 Beamte, 30 Händlungsbeamte, 7548 sonstige Angestellte und Arbeiter. Unter den Beamten waren 757, und unter den Angestellten und Arbeitern 4555 weibliche. Insgesamt also 3101 männliche und 5312 weibliche Personen. Weil als Angestellte mit Anspruch auf volle Verpflegung in der Hauptsache nur das interne Personal der Krankenhäuser und Irrenanstalten in Betracht kommt, so interessiert uns hier insofern die Anzahl dieser Personen. Es waren unter diesen Ledigen: 225 Wärter und Pfleger, 1055 Krankenschwestern, Wärterinnen und Pflegerinnen, zusammen 1280. Dessen Ermittlungen nach werden jetzt empfangen: etwa 4700 Personen je 30 Mark und etwa 1300 Personen je 20 Mark. Im ganzen als Aufwand 167 000 Mark.

**Landberg (Warthe).** Unsere Brandenburger Gauleitung hatte im Dezember v. J. an die städtischen Körperschaften den Antrag um Abprozentige Lohnerhöhung für die städtischen Arbeiter gestellt. Dieser Antrag war von der Stadtverordnetenversammlung dem Magistrat überwiesen worden. Bisher wurden folgende wöchentliche Teuerungszulagen gezahlt: verheiratete Arbeiter 4,50 Mark, unverheiratete Arbeiter 2,50 Mark, verheiratete Arbeiterinnen 3,50 Mark, unverheiratete Arbeiterinnen 2,20 Mark. Daneben wurde für jedes noch nicht schulentlassene Kind eine Teuerungszulage von 50 Pf. wöchentlich gewährt. Der Stadtverordnetenversammlung vom 13. April 1917 hat nun der Magistrat den Antrag unterbreitet, die bisherigen Teuerungszulagen aufzuheben und dafür folgenden Beschluß zu fassen:

„Die städtischen Arbeiter, verheiratet und unverheiratet, erhalten eine wöchentliche Teuerungszulage von 7 Mark; für jedes Kind wird eine Zulage von 2 Mark für die Woche gewährt. Zu berücksichtigen sind eheliche, legitimierte, adoptiv-, Eheschließungs- und Eheverlöbte unter 15 Jahren, wenn sie von dem Bezugsberechtigten unterhaltlich unterhalten werden, und diejenigen Kinder im Alter von 15 bis zum vollendeten 18. Lebensjahre ohne nennenswertes Einkommen, die sich noch in Schul- oder Berufs-

bildung befinden oder aus sonstigen wichtigen Gründen (Strantheit) einem Erwerbe nicht nachgeben können."

Gleichzeitig hatte der Magistrat beantragt, auch die Teuerungszulagen der städtischen Beamten und dauernd Angestellten neu zu regeln. Bisher wurden folgende Zulagen gewährt: a) bei einem Dienstlohn bis zu 2400 Mark an kinderlos verheiratete, nicht aber an verwitwete oder geschiedene Beamte monatlich 6 Mark, an Beamte mit einem Kinde monatlich 10 Mark, mit 2 Kindern 12 Mark, mit 3 Kindern 16 Mark, für jedes folgende Kind je 4 Mark mehr; b) bei einem Dienstlohn von mehr als 2400 bis zu 3000 Mark an kinderlos verheiratete Beamte nichts, an verheiratete Beamte mit einem Kinde monatlich 6 Mark, mit 2 Kindern 8 Mark, mit 3 Kindern 11 Mark, für jedes folgende Kind 3 Mark mehr; c) an die unverheirateten Beamten mit einem Dienstlohn bis zu 2400 Mark monatlich 6 Mark; d) an die unverheirateten Gehilfen monatlich 10 Mark; e) an die verheirateten Gehilfen monatlich 20 Mark. Der neue Antrag des Magistrats lautet:

„Die Beamten und im Wege des Privatdienstvertrages dauernd Angestellten erhalten, sofern sie ein Gehalt ohne Wohnungszulage von über 2400 Mark bis 4500 Mark beziehen, Teuerungszulagen nach Einkunftsgruppen, d. h. die verheirateten Beamten monatlich 12 Mark und für jedes Kind 5 Mark. Die Beamten und Angestellten mit einem Gehalt bis zu 2400 Mark erhalten, sofern sie verheiratet sind, monatlich 18 Mark und für jedes Kind 8 Mark. Die unverheirateten Beamten und dauernd Angestellten erhalten monatlich 10 Mark Teuerungszulage. Den Kriegsangestellten wird eine Teuerungszulage nicht gewährt, weil die Gehaltsbezüge den Teuerungsverhältnissen angepaßt werden."

Um auch denjenigen, die Ruhegehalt, Witwen- und Pensionsgeld oder laufende Unterstützungen von nicht über 1200 Mark jährlich aus der Stadtkasse beziehen, das Durchhalten etwas zu erleichtern, sollen sie eine vierteljährliche Zulage von 25 Mark erhalten. Hierzu wurden 4000 Mark für das Jahr zur Verfügung gestellt. Die erwarteten Beträge werden auf Beschluß des Magistrats auf besonders Bedürftige umgelegt. Die für bestehende Neuregelung der Teuerungszulagen erforderlichen Mittel von 87 408 Mark für ein Jahr (Arbeiter 61 152 Mark, Beamte 16 568 Mark, Angestellte 568 Mark, Ruhegehaltsempfänger 4000 Mark) sollen aus dem Kriegs-Ertraordinarium genommen werden. Die Stadtverordnetenversammlung erklärte sich auf Antrag des Hauptauschusses mit dieser Magistratsvorlage einverstanden. Eine Neuregelung der Löhne und Gehälter sämtlicher städtischer Arbeiter, Beamten und Angestellten soll erst nach dem Friedensschluß erfolgen. Koffentlich leben nun auch die städtischen Arbeiter, die uns noch fernstehen, den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation ein. Es darf jetzt nicht heißen: bis zum Kriegsende können wir weiter schlafen — das könnte sich bitter rächen! Jetzt gilt es die Zeit zu nützen und die Organisation am Orte auszubauen. Je stärker der Verband, je höhere Löhne werden zur gegebenen Zeit erreicht werden können. Es liegt an Euch, Landsberger Gemeindegewerkschafter, wie Eure Arbeit bezahlt wird!

noch nicht so schlimm bestellt sei, glauben genug zu tun, wenn sie jährlich ein paar tausend Mark für ihre Schmuckplätze und für die Alleen in den Straßen der Villenbesitzer ausgeben, wo ohnedies die Häuser inmitten reichen Grüns eingebettet sind. Aber das ist ja alles nur Zierrat, sind ein paar Schnörkel am Stadtgebäude, mehr nicht.

Für uns Stadtmenschen, ob groß, ob klein, handelt es sich jetzt in dieser kritischen Entwicklungszeit unseres Städtchens um die Reform der Grundlagen des städtischen Daseins. Kein Bodenwucher mehr, planvolle Erschließung neuer Stadtviertel durch gemeinnützige Gesellschaften, lichte und schöne Bebauung der Wohnviertel, und alle zehn Minuten entfernt ein „Hofgarten“, nämlich ein von Grundstücken, nicht von Straßen, eingefriedeter Spiel- und Sportplatz für die Jugend. Neben diesen Oasen aber brauchen wir grünes Land in Gärten und Rüstungen rings um die Steingürtel der neuen Großstädte und zwischen ihren Mauern hindurch. Es ist das eine neue Art von Befestigung zur Abwehr von Krankheit und jener Sorte krankhafter Grillenängerei, die wir Neurasthenie getauft haben. Hier wären große Bienen zu finden und laubirische Wäldchen, für Luft- und Wasserbäder müßte gesorgt sein, für gute Wege mit beweglichen Bänken, für Eislauf- und andere Sportplätze, und hier könnte sich die ältere Jugend, die schulentlassene zuerst, mit den Erwachsenen gemeinsam rüstig tummeln. Solche Rüstungen im Dunkel des steinernen Meeres müßten in gewissen Abständen aufeinander folgen, radikal und konsequent, aber freilich brauchen sie nicht genau Abstand zu halten, sondern könnten dort eine hübsche Ecke voll Wald miteinnehmen und hier einen Weiber, dort eine Wiese und hier einen Hügel, und die Hauptsache: alles Grün dürfte frei betreten werden, von Polizei wegen. Auf solche Art würden die neuen Viertel zwar weiter vom Stadtkern abgehoben werden, aber der Verkehr wäre nicht mehr so gehäuft und konnte schneller vorwärts, die Elektrischen zum Beispiel hätten weniger Haltestellen und schnellere Fahrt, und

so mancher, der jetzt am Abend müde heimfährt, würde einen Gang zu Fuß durch die stille und weiche Wiesenstraße dem Fahren vorziehen. So käme eine bessere Bewegung und ein gesünderer Fluß in unsere gepriesenen Berke. Die große Stadt mit ihren grünen Rüstungen würde den müden Menschen dann vielleicht doch mehr Heimatsgefühl einflößen, als sie es heute tut.

Freilich, das ist Zukunftsmusik. Wir heutigen müssen schon froh sein, wenn wir irgendwo einen alten Kirchhof vor dem Spekulationsfieber erretten und ihn als öffentlichen Park bewahren. Oder wenn wir ein paar von den Millionen, die man uns in Gestalt schlechter, bronzener Standbilder auf die Straße wirft, solchen grünen Oasen, solchen städtischen Kinderlande oder auch ein paar lebendigen Brunnen zuleiten können.

Und dann suchen wir Wohnung. Alle zwei Jahre etwa eine neue. Weil wir nirgends zur Ruhe kommen, nirgends ein richtiges häusliches Dach finden. Warum denn nicht? Sind denn alle diese Mietwohnungen so schlecht oder unerträglich? Keineswegs. Wir haben nur die Unruhe in uns, die den Gefangenen antreibt, im steten Auf und Nieder seine enge Zelle zu durchmessen. Wir fühlen uns umringt von unsichtbaren Gewalten, wir möchten gern irgendwo hinaus, wir rütteln an einer Kette von Ringen, um zu Luft und Licht zu gelangen. Es muß uns gelingen, Schritt für Schritt. Denn sonst ersticken wir eines schönen Tages an unserer sogenannten Kultur, an „Seele“, an „Geist“, an den gewaltigen Fortschritten unserer gepriesenen Zeit.

Mein Freund, der Familienvater, schwieg. Dann bot er mir die Hand.

„Wo wollen Sie hin?“ fragte ich.

„Wohnung suchen,“ sagte er und leuchtete.

## Rundschau

**Sichert die Kleingärten!** Der „Deutsche Wohnungsausschuß“ schreibt uns: Die Kriegsverhältnisse haben eine ungemein starke Entwicklung des Kleingartenwesens gezeitigt und überhaupt den Hunger der städtischen und gewerblichen Bevölkerung nach Land, das sie selber bebauen kann, in weitem Umfang geweckt. Es ist aber zu erwarten, daß diese starke Nachfrage der städtischen und gewerblichen Bevölkerung nach Land auch nach Friedensschluß andauern wird. Schon die hohen Lebensmittelpreise und die Lebensfähigkeit des nun einmal erwachten Wunsch nach Leben und Tätigkeit im Freien werden dafür sorgen. Andererseits werden aber die Schranken, die einer rücksichtslosen Preisausnutzung des in Frage kommenden Landes durch die Eigentümer jetzt noch entgegenstehen, mit Friedensschluß zum großen Teile fallen. Vielfach sind Pachtverträge mit niedrigen Preisen für die Kriegsbauer abgeschlossen, die dann hinfällig werden, und ganz allgemein wird dann der moralische Zaum fallen, den jetzt noch der Ernst des Krieges der Preissteigerung anlegt. Es ist also dringende Gefahr vorhanden, daß nach Kriegsbeendigung große Preiserhöhungen des für die städtische und gewerbliche Bevölkerung benötigten gärtnerischen und landwirtschaftlichen Geländes eintreten; daß sich eine lebhafteste Spekulation entwickelt und daß die jetzigen schönen Anfänge durch eine unheilvolle Entwicklung in der Zukunft wieder weggespült werden. Das darf aber natürlich nicht geschehen und dagegen muß jetzt schon Vorkehrung getroffen werden. Abhilfsmittel stehen ja auch mancherlei zur Verfügung, z. B. die dauernde Ueberführung von möglichst viel Land durch Ankauf usw. in öffentliche und gemeinnützige Hände, planmäßige Vereinbarungen mit den Eigentümern über Preise und Verpachtung des Landes usw. für längere Zeit durch die Gemeindeverwaltungen und andere Stellen von Einfluß und Erfahrung, ebenso auch Verpachtung größerer Landflächen durch die Gemeinden auf längere Zeit. Auch die dauernde Aufnahme der Kleingartenkolonien in die Bauungspläne und überhaupt die entsprechende Gestaltung der Wohnungsbestimmungen ist berufen eine Rolle zu spielen. Endlich kommen auch die Festsetzung von Höchstpreisen und dergleichen auf Grund der vom Bundesrat in der Kriegszeit erlassenen Verordnungen in Betracht. Auf alle Fälle muß bezügliche ein Gesetz errichtet werden, um das so schön begonnene Werk der Wiederannäherung der städtischen und gewerblichen Bevölkerung an den Boden zu sichern und ihm eine weitere Entfaltung möglich zu machen.

**Die Familienunterstützung von Kriegsteilnehmern.** Die Bestimmungen über die Unterstützung von Kriegsteilnehmern, die auf den Gesetzen vom 28. Februar 1884, 4. August 1914 beruhen und namentlich durch die Bundesratsverordnung vom 21. Januar 1916 manche sozial bedeutungsvolle Ergänzung erfahren haben, werden durch eine solchen organische neue Verordnung des Bundesrats nach zwei Richtungen hin aufs neue erweitert. Bisher war Pflegschaftern und Pflegschaftsämtern nur dann ein Anspruch auf Unterstützung gewährt, wenn das unentgeltliche Pflegschaftsverhältnis bereits vor Beginn des gegenwärtigen Krieges bestanden hatte. Diese Beschränkung sollte Mißbräuden vorbeugen. Sie hat daneben aber auch die Wirkung gehabt, daß Kinder, die erst während des Krieges geboren sind und in ein Pflegschaftsverhältnis kamen, der Wohlthat jener Verordnung nicht teilhaftig werden konnten. Diese unerwünschte Folge wird durch die neue Verordnung beseitigt, die auch diesen Pflegschaftsämtern den Unterstützungsanspruch gibt und ihn zugleich denen gewährt, die während des Krieges elternlos geworden sind. Eine zweite Verbesserung, die durch die neue Verordnung erzielt wird, betrifft die dauernde Festlegung der Höhe der Familienunterstützung auf 20 Mk. für die Ehefrauen und auf 10 Mk. für die sonstigen Angehörigen von Kriegsteilnehmern. Die Höhe beliefen sich früher (1914) auf 9 (bzw. 12) und 6 Mk., wurden dann gemäß der zunehmenden Teuerung (Januar 1916) auf 16 und 7,50 Mk. und schließlich (Dezember 1916) für die Zeit vom November 1916 bis April 1917 auf 20 Mk. und 10 Mk. heraufgesetzt. Damit nun nicht durch Herabsetzung dieser Höhe empfindliche Härten entstehen, gibt die neue Verordnung diesen erhöhten Sätzen dauernde Geltung.

**Organisationsabrigung der Frauen?** Die „Oise“ schreibt: Wenn man die zahlenmäßig noch nicht genau festgestellte, aber tatsächlich außerordentlich starke Zunahme der Frauennarbeit während dieses Krieges mit dem Rückgang der Ziffer der gewerkschaftlich organisierten Frauen vergleicht, so sieht man auf eine unerklärliche Organisationsabrigung bei den Arbeiterinnen. Am 30. Juni 1914 hatten 23 Verbände zusammen 221.071 weibliche Mitglieder, und am 30. Juni 1916 hatten die gleichen Verbände nur 182.256 weibliche Mitglieder; das bedeutet eine Abnahme von 38.815! In Wirklichkeit beträgt der Verlust an weiblichen Mitglieder 46.811, weil 11 Organisationen noch 7966 Frauen gewinnen konnten. Auf 22 Verbände verteilt sich der genannte Verlust. Die Organisationen, in deren Beruf infolge des Krieges eine gute Wirtschaftung vorherrscht, hatten den weiblichen Zugang, der aber sehr niedrig ist,

den trotz des riesigen Zustroms von weiblichen Arbeitskräften in der Munitionindustrie vermochte z. B. der Metallarbeiterverband nur 3064 weibliche Mitglieder zu gewinnen. Diese Erfahrungssache erfüllt die Gewerkschaften, die höchst dem Eindringen der Frauen in die Männerberufe keine Schwierigkeiten entgegensetzten, mit großer Sorge für die Zukunft. Die Beteiligung der weiblichen Arbeitskräfte am Gewerkschaftsleben schien ihnen ein weiteres Mittel zu sein, die Lohnunterbietung und damit die Erschwerung der Arbeitsgelegenheit für den männlichen Arbeiter zu verhindern. Wenn dieses Mittel selber versagte, so muß von nun an planmäßiger daran gearbeitet werden, daß die Frauen nicht eine Gefahr für die Gewerkschaften und damit für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft werden. Nach Schluß des Krieges wird in einer Zusammen- und Gegenüberstellung der Lohnverhältnisse der Frauen und Männer in den Berufen bewiesen werden können, daß die Gegenfähigkeit der Bewertung verhältnismäßig hoch ist. — Ten letzten Satz möchten wir dahin ergänzen, daß die „gegenfähliche Bewertung“ (deutlicher ausgedrückt, die viel zu geringe Entlohnung der Frauennarbeit) nur durch verstärkte Organisation der Frauen zu überwinden ist.

**Worte schaffen es nicht!** Die Junkände, die für kinderreiche Familien durch die Weigerung zahlreicher Hausbesitzer, an solche Familien Wohnungen zu vermieten, herausgeschworen sind, rufen gebieterisch nach durchgreifenden Maßnahmen. Wir haben an dieser Stelle oft Fälle solcher Art aufgezählt. Inzwischen beginnt sich denn auch bereits hier und da den Ortsbehörden die Ueberzeugung aufzudrängen, daß es nicht so weiter gehen kann, wenn nicht schwere, für unser ganzes Volk schädliche Folgen daraus erwachsen sollen. So berichtet das „Karlshofer Tageblatt“, daß das Stadtschultheißenamt in Schornborn in einer öffentlichen Bekanntmachung auf die Obdachlosigkeit von Kriegsfamilien hinweist und u. a. bekanntgibt: „Eine hiesige Frau und Mutter, der die Fürsorge für die Kriegsfamilien am Herzen liegt, hat mir in den letzten Tagen klagend und meinen Beistand anrufend mitgeteilt, daß 4 bis 5 hiesige Kriegsfamilien demnach der Gefahr der Obdachlosigkeit ausgesetzt seien, da diese wohnungsjüchenden Kriegsfrauen überall angesichts ihrer großen Kinderzahl abgewiesen werden. Zugunsten der Kriegsfamilien und der kinderreichen Familien überhaupt richte ich an die Hausbesitzer und Wohnungsvermieter die ernste Mahnung, sich dieser Familien anzunehmen.“ — Der Polizeipräsident von Köln aber zieht schärfere Seiten auf mit einer Verordnung, in der es heißt: „Es ist häufig darüber Klage geführt worden, daß die Eigentümer von Häusern mit Mietwohnungen oder deren Stellvertreter Wohnungsjüchenden die Vermietung von Wohnungen abgeschlagen haben mit der Begründung, daß sie Familien mit Kindern nicht in ihre Häuser aufnehmen. Ein derartiges unsoziales Verhalten verdient den strengsten Tadel. Zu dem bevorstehenden Wohnungswechsel richte ich eine ernste Mahnung an alle Hausbesitzer. Sollte sie unwirksam sein, so werde ich die Namen der aus Selbstsucht der Eigennutz handelnden Vermieter öffentlich an den Pranger stellen.“ Das sind treffliche Worte. Noch trefflicher wäre wohl die unmittelbare Verwirklichung der Drohung. Indessen kann eine gründliche Beseitigung der traurigen Zustände, die in ihren Folgen jedermann erkennen muß, nicht anders als mittels durchgreifender gesetzlicher Maßnahmen erreicht werden.

**Die Berliner „Akademischen Unterrichtskurse für Arbeiter“** beginnen das 26. Halbjahr ihrer Tätigkeit. Sie verfolgen weiter ihr Ziel, Männer und Frauen, die nicht mehr die Fortbildungsschule besuchen können, in den elementaren Unterrichtsfächern auszubilden. Vor allem sollen die Hörer richtig schreiben, sprechen und rechnen lernen; doch sollen zur Erweiterung der Kenntnisse besondere Kurse in Literatur und Erdkunde sowie Vorträge und Führungen dienen. Der Unterricht wird wie bisher von Studierenden der Berliner Pochschulen erteilt. Jeder Kursus findet wöchentlich einmal in den Abendstunden von 8 bis 10 Uhr statt. Für den Besuch jedes Kursus ist eine einmalige Gebühr von 50 Pf. sowie 30 Pf. für Lehrmittel zu entrichten. Die Anmeldungen werden in den folgenden Unterrichtslokalen von 8 bis 10 Uhr abends entgegengenommen: 1. Im Zentrum: Friedrich-Werderische Oberrealschule, Niederwallstr. 12, nahe dem Spittelmarkt, am Donnerstag, den 26. April. 2. Im Norden: Gemeindefchule Gipsstr. 23, nahe dem Bahnhofsbrücke, am Sonnabend, den 28. April. 3. Im Osten: Fortbildungsschule Lange Str. 31, am Schlesischen Bahnhof, am Dienstag, den 24. April. Am Sonnabend, den 28. April, findet in der Aula Gipsstr. 23 um 8 Uhr eine allgemeine Hörerversammlung statt, in der über den Unterricht nähere Mitteilung gemacht wird. In dieser Versammlung werden auch noch Anmeldungen entgegengenommen. Unterrichtsbeginn: In der ersten Halbwoch. Unterrichtslokalität: Anfang August.

**Die „Volkfürsorge“ im dritten Kriegsjahr 1916.** Vom 1. Januar bis 31. Dezember 1916 sind nach den vorläufigen Feststellungen bei der „Volkfürsorge“ im ganzen 22.630 neue Versicherungen mit 4.881.480 Mk. Versicherungssumme abgeschlossen worden. Davon waren Kapitalversicherungen mit festen Prämien 20.816 mit 4.855.651 Mk. Versicherungssumme. — Im Jahre 1915 waren es im ganzen 10.701 Versicherungen mit 2.225.067 Mk. Versicherungssumme. *Wichtig ein erfreuliches Ergebnis.*

◆ **Verbandsteil** ◆

**Bekanntmachung.**

Verbandsvorstand und Verbandsauschüß haben einstimmig beschlossen, den im Jahre 1917 fälligen

**Verbandsstag**

während des Krieges nicht abzuhalten, sondern bis auf weiteres zu vertagen.

Nachgehend für diesen Beschluß ist die Tatsache, daß eine so große Anzahl von Mitgliedern und Funktionären im Kriegsdienst steht, daß die vorhandenen Kräfte zur Agitation und zur Bewältigung der laufenden Geschäfte kaum ausreichen.

Der Verbandstag würde daher unendliche Schwierigkeiten verursachen, deren Überwindung fraglich wäre und schließlich ist die durch den Krieg geschaffene Gesamtlage während der Dauer desselben so schwer zu übersehen, daß positive, das Verbandsinteresse fördernde Leistungen unter diesen Umständen nicht erwartet werden könnten. Der Verbandsvorstand.

◆ **Eingegangene Schriften und Bücher** ◆

Heimstätten zum Betriebe von Gartenbau und Kleintierzucht, mit besonderer Berücksichtigung von Kriegsgeldbesitzigen und Kriegszwillingen. Ein Wegweiser zum lohnenden Obst- und Gartenbau, zur Viehzucht, Schafen, Geflügel, Kaninchen und Meeresschwammzucht, sowie zur Haltung und Zucht von Hiegen, Ziegen und Schweinen, mit einem Anhang: „Der Seidenbau in Deutschland“. Herausgegeben unter Mitarbeit von Dr. Adler, Dr. Mauds, J. Hertler, V. Wablich, Fr. Wülfel, J. Münsterer, H. Zeidler, Frau Direktor Thiermer, Oekonomierat Dr. Ulrich und Oekonomierat Jollisfer von Fritz Fienninghoff. Zweite, verbesserte und vermehrte Auflage. 221 Z. Mit 2 Gartenplänen und zahlreichen Abbildungen. Preis 2 Mk. Verlag von Fritz Fienninghoff, Verlag für Sport und Kammliebhaber, Berlin W. 57.

Das Buch enthält in seiner Einleitung allgemeine Ausführungen über die volkswirtschaftliche Bedeutung von Gartenbau und Kleintierzucht, um sich dann der Kriegswirtschaftsfrage zuwenden und die bezüglich den Bestimmungen der Versorgungsangelegenheit einschließlich des Kapitalaufbringens zu bringen. Ein Abschnitt über das Rentengutswesen, die Erwerbung eines Rentengutes, aus der Feder von Dr. Wülfel, eines Mitarbeiter der Gesellschaft für innere Kolonisation, bezieht die Einleitung. Der Hauptteil des Werkes ist dem Betriebe von Gartenbau und Kleintierzucht gewidmet; er wendet sich an alle Kreise, alle Zuchten der Bevölkerung. Der durch anschauliche Abbildungen unterstützte Inhalt ist ein ungleich reichhaltiger und wird infolge der gedrängten Kürze und der einladenden, klaren Anweisungen, für dessen Vornehmheit die Namen der Mitarbeiter bürgen, den meisten vorzügliche Dienste leisten. Die neue Auflage zeigt gegenüber der ersten, die in kurzer Zeit vergriffen war, mancherlei Verbesserungen. So ist z. B. der Abschnitt „Obst und Gartenbau“ um das gewiß vielen willkommenen Kapitel: „Wie wird Gemüse und Obst im Haus halt verwertet?“ vermehrt. Neu aufgenommen ist: „Die Schafzucht (Wollschaf)“ von Oekonomierat Jollisfer und der Anhang: „Der Seidenbau in Deutschland“ von Frau Direktor Thiermer, der ersten Vorherrscher des Gemeinnützigen Verbandes für Seidenbau in Deutschland. Ein sehr genaues Buch, dem wir in Anbetracht seines reichen Inhaltes, seiner Ausstattung und seines billigen Preises (2 Mk. für 221 Seiten) die weiteste Verbreitung wünschen und die wärmste Empfehlung mit auf den Weg geben.

**Wichtige Bücher ins Feld!** Ost und Ost verlangen die Soldaten in der Front und in den Zynarien nach guten und billigen Büchern. Den Wünschen Rechnung zu tragen ist aber oft schwierig, weil infolge der Erhöhung des Marktpreises um ein Drittel gegenüber der Friedenszeit und der ungeheuren Steigerung der Papier- und Druckpreise der Preis neuer Bücher außerordentlich stark angewachsen ist. Es ist daher zu beklagen, daß die Wiener Volksbuchhandlung eine Liste von mehr als 400 Büchern größerer und kleinerer Umfangs, erste und bessere EDITIONEN, ferner Bücher aus verschiedenen Wissensgebieten in den verschiedensten Preislagen zusammen gestellt, alle gegenüber dem Normalpreise bedeutend ermäßigt. Wer seinen Freunden und Bekannten guten und billigen Lesestoff ins Feld schicken will oder den Soldaten die Auswahl guter und billiger Bücher ermöglichen will, sende 15 Heller an die Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI, Gumpendorfer Straße 15, welche den Katalog verschickt.

„Die Glode“, Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Farbus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin ZM. 64). Das eben erschienene Heft 3 enthält u. a. folgende Artikel: Dr. Paul Vankh, M. d. N.: „Kühner Krieger Heinrich Cuno“; Die Bevölkerungsbevölkerung im Weltkrieg; Hermann Wendel, M. d. N.: „Der bürgerliche Charakter der französischen Revolution.“ Curt Vising: „Der Empfangsplanung.“ Sei-

beilage. In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter G. m. b. H. im Verbandsrat: Rudolf Bredt, beide Berlin W. 57, Untergraben 24. Land: Rostocker Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW. 65, Rindberg 3.

mann Kattutat: „Ausichten der Sozialreform.“ Max Sachs: „Arbeiter-Schaft und Bauvereinigungen.“ Joachim Kaiser: „Mathe Kollwig.“ Ernst Altmob: „Eine Hagenfabrik.“ Bruno Dietel: „Aufsichtung.“ Cesar Maria Graf: „Wegspruch.“ — Einzelhefte 30 Pf., vierteljährlich 3,50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Rosmos, „Handweiser für Naturfreunde.“ Jährlich 12 Hefte und 4 bis 5 Zusatzeilagen. Geschäftsstelle: Krausche Verlagsgesellschaft, Stuttgart, 1917. Heft 2 und 3. Halbjährlich 2,50 Mk. Probehefte unentgeltlich.

**Totenliste des Verbandes.**

**J. J. C. Gafaker, Hamburg**  
Pensionär

† 4. 4. 1917, 63 Jahre alt.

**Johann Gusch, Bremen**

† 5. 4. 1917, 64 Jahre alt.

**Max Dangel, München**

Gasarbeiter  
† 20. 4. 1917, 52 Jahre alt.

**Philipp Grün, Mannheim**

Stadtarbeiter  
† 24. 3. 1917, 66 Jahre alt.

**Hinrich Haase, Oldenburg**

Gasanstaltsarbeiter  
† Alter von 67 Jahren gestorben.

**Niedrich Helmers, Bremen**

† 28. 3. 1917, 55 Jahre alt.

**Wilhelm Hübner, Berlin**

Gasarbeiter  
† 13. 4. 1917, 47 Jahre alt.

**Friedr. Meidinger, Eberstadt**

Kocher  
† 17. 3. 1917, 55 Jahre alt.

**Ernst Müller, Dresden**

Arbeiter  
† 14. 4. 1917, 66 Jahre alt.

**Philipp Nea, Biersfeld**

Gartenarbeiter  
† 29. 3. 1917, 35 Jahre alt.

**Heinrich Noak, Berlin**

Katzenwärter  
† 14. 4. 1917, 71 Jahre alt.

**Heinrich Pagels, Hamburg**

Landdeputation  
† 30. 3. 1917, 58 Jahre alt.

**August Poppig, Leipzig**

Gartenarbeiter  
† 4. 4. 1917, 66 Jahre alt.

**Wilhelm Priebe, Berlin**

Gasarbeiter  
† 13. 4. 1917, 36 Jahre alt.

**Georg Roos, Cannstatt**

Strassenreinger  
† 16. 4. 1917, 53 Jahre alt.

**Wilhelm Sander, Bremen**

† 15. 4. 1917, 64 Jahre alt.

**Georg Schan, Bremen**

Arbeiter im Gaswerk  
† 19. 4. 1917, 63 Jahre alt.

**Ernst Scheller, Stettin**

Bodenarbeiter im Freibahn  
† 10. 4. 1917, 52 Jahre alt.

**August Schöneiche, Berlin**

Pensionär  
† 17. 4. 1917, 75 Jahre alt.

**Ferdinand Wenzel, Berlin**

Zimmermann im Viehhof  
† 17. 4. 1917, 75 Jahre alt.



**Opfer des Weltkrieges:**

**Friedrich Eggers, Hamburg**

am 7. Oktober 1914 im Alter von 27 Jahren gefallen.

**Richard Frödrich, Breslau**

am 7. September 1916 im Alter von 29 Jahren gefallen.

**Albert Hermann, Berlin**

am 29. März 1917 im Alter von 41 Jahren gefallen.

**Emil Klisch, Hamburg**

am 25. September 1914 im Alter von 25 Jahren gefallen.

**Für Kramer, Bremen**

am 23. März 1917 im Alter von 45 Jahren im Lazarett gest.

**Jakob Leibbraud, Stuttgart**

am 31. März 1917 im Alter von 37 Jahren gefallen.

**Olto Noak, Cottbus**

am 10. März 1917 im Alter von 31 Jahren gefallen.

**Richard Richter, Berlin**

am 18. April 1917 im Alter von 40 Jahren gefallen.

**Paul Schreiber, Dresden**

am 8. April 1917 im Alter von 12 Jahren im Lazarett gestorben.

**Paul Schubert, Dresden**

am 17. März 1917 im Alter von 36 Jahren gefallen.

**Hermann Stegemann, Berlin**

am 18. Februar 1917 im Alter von 34 Jahren gefallen.

**Ehre ihrem Andenken!**